Dr. Szász István Rechtsanwalt

Datenschutzhinweise

Version	2.0
Datum des Inkrafttretens	13.11.2026

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

1.2. Begriffsbestimmungen

2. Verarbeitungen personenbezogener Daten auf der Website

2.1. Newsletterversand

2.2. Kontaktaufnahme

2.3. Angebotsanfragen für anwaltliche Dienstleistungen

2.4. Anforderung und Übermittlung eines E-Books

2.5. Online-Rechtsberatung

2.6. Rechnungsstellung

2.7. Serverprotokollierung

Um einen zuverlässigen und sicheren Betrieb der Website zu gewährleisten, Cyberangriffe zu verhindern sowie etwaige technische Fehler zu erkennen, protokolliert der Server automatisch die technischen Daten im Zusammenhang mit dem Besuch der Website.

3. Verarbeitungen personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der anwaltlichen Tätigkeit

3.1. Rechtliche Vertretung

3.2. Erstellung von Urkunden

3.3. Anwaltliche Gegenzeichnung von Urkunden

3.4. Anwaltliche Verwahrung und Verwaltung von Treuhandgut

3.5. Identifizierung im Rahmen der anwaltlichen Tätigkeit

3.6. Sorgfaltspflichten gegenüber Mandanten gemäß dem Pmt.

3.7. Führung des anwaltlichen Fallregisters

4. Rechte der betroffenen Personen

5. Maßnahmen zur Datensicherheit

6. Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung

Diese Datenschutzhinweise dienen dazu, den betroffenen Personen transparente, verständliche und umfassende Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dr. Szász István, selbstständig tätiger Rechtsanwalt (im Folgenden: „Verantwortlicher“), im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Nutzung der Website www.drszasz.hu (im Folgenden: „Website“), der Erbringung der über die Website angebotenen Dienstleistungen sowie der Ausübung seiner anwaltlichen Tätigkeit bereitzustellen. Diese Datenschutzhinweise gelten für die darin beschriebenen Verarbeitungen personenbezogener Daten durch den Verantwortlichen im Rahmen des Betriebs und der Nutzung der Website sowie seiner anwaltlichen Tätigkeit, unabhängig davon, ob die betroffene Person die ungarische oder die deutsche Sprachversion der Website nutzt und ob sie die anwaltlichen Dienstleistungen über die Website oder auf andere Weise in Anspruch nimmt. Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten handelt der Verantwortliche insbesondere im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (Datenschutz-Grundverordnung,

DSGVO) sowie den anwendbaren ungarischen Rechtsvorschriften. Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verantwortlichen sind in diesen Datenschutzhinweisen enthalten, deren jeweils geltende Fassung jederzeit auf der Website abrufbar ist.

Ausführliche Informationen über die auf der Website verwendeten Cookies und ähnliche Technologien sind in den gesonderten Cookie-Hinweisen enthalten, die direkt auf der Website zugänglich sind.

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1.1. NAME UND KONTAKTDATEN DES VERANTWORTLICHEN

Name des Verantwortlichen:	Dr. Szász István, selbstständig tätiger Rechtsanwalt
Kanzleisitz:	8600 Siófok, Fő tér 5. fszt. 6.
E-Mail-Adresse:	info@drszasz.hu
KASZ:	36059333

1.2. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Personenbezogene Daten	Alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden: „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.
Verarbeitung	Jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die

	Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.
Verantwortlicher	Die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so können der Verantwortliche beziehungsweise die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.
Auftragsverarbeiter	Eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.
Empfänger	Eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger; die Verarbeitung dieser Daten durch die genannten Behörden erfolgt im Einklang mit den geltenden Datenschutzvorschriften gemäß den Zwecken der Verarbeitung.

Einwilligung der betroffenen Person	Jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.
Website, Internetauftritt	drszasz.hu

Der Verantwortliche trifft keine ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidungen, die gegenüber der betroffenen Person rechtliche Wirkung entfalten oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigen. Der Verantwortliche führt kein Profiling durch.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verantwortlichen richtet sich insbesondere nach den folgenden Rechtsvorschriften:

- Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung; im Folgenden: DSGVO)
- Ungarisches Gesetz Nr. CXXVII von 2007 über die allgemeine Umsatzsteuer (im Folgenden: „Áfa tv.“)
- Ungarisches Gesetz Nr. C von 2000 über die Rechnungslegung (im Folgenden: „Számviteli tv.“)

2. VERARBEITUNGEN PERSONENBEZOGENER DATEN AUF DER WEBSITE

2.1. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Newsletterversand

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche verarbeitet im Zusammenhang mit dem Newsletterversand folgende personenbezogene Daten: den Namen und die E-Mail-Adresse des Abonnenten, den Zeitpunkt der Anmeldung und der Erteilung der Einwilligung, die zum Nachweis der Erteilung und des Inhalts der Einwilligung erforderlichen Daten sowie den Zeitpunkt der Abmeldung.
Herkunft der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten stammen unmittelbar von der betroffenen Person, die diese bei der Anmeldung zum Newsletter angibt.
Zweck der Datenverarbeitung	Der Verantwortliche bietet auf der Website Interessenten die Möglichkeit, einen elektronischen Newsletter zu abonnieren.

	Zweck der Datenverarbeitung ist es, die Abonnenten per E-Mail über Gesetzesänderungen, aktuelle Rechtsfragen, Informationsmaterialien zu rechtlichen Themen sowie über die vom Verantwortlichen angebotenen anwaltlichen Dienstleistungen und die Möglichkeiten ihrer Inanspruchnahme zu informieren. Die Newsletter können auch Werbeinhalte enthalten, die der Bewerbung der anwaltlichen Dienstleistungen des Verantwortlichen dienen.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist die freiwillige, für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich erteilte Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO. Die Einwilligung kann durch aktives Anklicken eines auf der Website bereitgestellten, nicht vorangekreuzten Kontrollkästchens erteilt werden. Der Verantwortliche verwendet die Einwilligung ausschließlich für den Versand von Newslettern mit den in diesem Abschnitt beschriebenen Inhalten. Die Anmeldung zum Newsletter ist freiwillig und keine Voraussetzung für die Inanspruchnahme anderer Dienstleistungen des Verantwortlichen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der zum Nachweis der Einwilligung erforderlichen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO unter Berücksichtigung der Nachweispflicht gemäß Art. 7 Abs. 1 DSGVO.
Speicherdauer	Der Verantwortliche verarbeitet die zum Zwecke des Newsletterversands erhobenen personenbezogenen Daten bis zum Widerruf der Einwilligung durch die betroffene Person beziehungsweise bis zur Einstellung des Newsletterdienstes. Die betroffene Person kann ihre Einwilligung jederzeit widerrufen. Im Falle des Widerrufs stellt der Verantwortliche den Newsletterversand ein und löscht die zum Zwecke des Newsletterversands verarbeiteten personenbezogenen Daten.
Empfänger	Für den Versand der Newsletter nimmt der Verantwortliche als Auftragsverarbeiter den Newsletterdienst Listamester in Anspruch (Unternehmensname: Bithuszárok Számítástechnikai és Szolgáltató Betéti Társaság, Sitz: 2051 Biatorbágy, Damjanich utca 8. tetőtér 4., Website: listamester.hu).

Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung. Der Widerruf ist an keinerlei Bedingungen geknüpft und kostenlos.

2.2. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Kontaktaufnahme

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche kann folgende personenbezogene Daten verarbeiten: den Namen und die E-Mail-Adresse der betroffenen Person, weitere von ihr freiwillig angegebene Kontaktdaten, die in der Anfrage mitgeteilten Informationen und personenbezogenen Daten sowie den Zeitpunkt der Anfrage und der Beantwortung.
Herkunft der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten stammen unmittelbar von der betroffenen Person, die diese dem Verantwortlichen durch das Ausfüllen des Kontaktformulars und das Absenden der Nachricht zur Verfügung stellt.
Zweck der Datenverarbeitung	Zweck der Datenverarbeitung ist es, allgemeine Fragen von Interessenten, die sich über die Website an den Verantwortlichen wenden, zu seiner anwaltlichen Tätigkeit, den von ihm angebotenen Dienstleistungen sowie zum Betrieb der Website zu beantworten und die damit verbundene Kommunikation abzuwickeln. Für konkrete Angebotsanfragen bezüglich anwaltlicher Dienstleistungen sowie für die über die Website angebotene Rechtsberatung gelten gesonderte Datenschutzbestimmungen.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO. Die betroffene Person kann ihre Einwilligung vor dem Absenden des Kontaktformulars durch Anklicken eines gesonderten, nicht vorangekreuzten Kontrollkästchens erteilen. Die Einwilligung kann jederzeit durch eine an den Verantwortlichen gerichtete E-Mail widerrufen werden.
Speicherdauer	Der Verantwortliche verarbeitet die im Zusammenhang mit der Kontaktaufnahme erhobenen personenbezogenen Daten bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Abschluss der Kommunikation über die Anfrage und löscht sie anschließend. Widerruft die betroffene Person ihre Einwilligung zu einem früheren Zeitpunkt, stellt der Verantwortliche die auf der Einwilligung beruhende Datenverarbeitung ein und löscht die personenbezogenen Daten, es sei denn, er ist aufgrund einer anderen Rechtsgrundlage zur weiteren Verarbeitung berechtigt oder verpflichtet. Kommt infolge der Kontaktaufnahme ein anwaltliches Mandatsverhältnis zustande, gelten für die weitere Verarbeitung der zur Erfüllung des

	Mandats erforderlichen personenbezogenen Daten die Datenschutzbestimmungen im Zusammenhang mit der anwaltlichen Tätigkeit.
Empfänger	Als Auftragsverarbeiter fungiert der Betreiber, Entwickler und Hostinganbieter der Website, Szalai Gábor, Einzelunternehmer (Sitz: 9330 Kapuvár, Szigethy Attila utca 9.; Steuernummer: 68098944-28).

Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung. Der Widerruf ist an keinerlei Bedingungen geknüpft und kostenlos.

2.3. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Angebotsanfragen für anwaltliche Dienstleistungen

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche kann im Zusammenhang mit einer Angebotsanfrage folgende personenbezogene Daten verarbeiten: Name und E-Mail-Adresse des Anfragenden, die von ihm angegebene Telefonnummer und sonstige Kontaktdaten, Gegenstand und Inhalt der Angebotsanfrage, Bezeichnung des Rechtsgebiets, die vom Anfragenden mitgeteilten Informationen über die Art der anwaltlichen Dienstleistung, die zu klärende Rechtsfrage oder Angelegenheit, Zeitpunkt der Angebotsanfrage und der darauf erteilten Antwort sowie Inhalt der damit verbundenen Korrespondenz. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten, die zur Prüfung der Angebotsanfrage und zur Erstellung des Angebots erforderlich sind.
Herkunft der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten stammen grundsätzlich unmittelbar vom Anfragenden, der sie dem Verantwortlichen im Rahmen der über die Website gestellten Angebotsanfrage zur Verfügung stellt.
Zweck der Datenverarbeitung	Der Verantwortliche bietet Interessenten über die Website die Möglichkeit, Angebote für die Inanspruchnahme seiner anwaltlichen Dienstleistungen anzufordern. Zweck der Datenverarbeitung ist die Entgegennahme, Kenntnisnahme und Prüfung der Angebotsanfragen, die Abstimmung über die Möglichkeit und die Bedingungen der Erbringung anwaltlicher Dienstleistungen, die Erstellung und Übermittlung des Angebots sowie die Durchführung der gegebenenfalls zur Begründung eines anwaltlichen Mandatsverhältnisses erforderlichen Maßnahmen. Die Angebotsanfrage allein begründet kein

	anwaltliches Mandatsverhältnis.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO. Danach ist die Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig, wenn sie zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen und einen Vertrag betreffen, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist. Die Datenverarbeitung ist erforderlich, um die von der betroffenen Person veranlasste Angebotsanfrage zu prüfen, die Bedingungen der anwaltlichen Dienstleistung abzustimmen und einen möglichen anwaltlichen Mandatsvertrag vorzubereiten. Für die Verarbeitung der Angebotsanfrage zu diesen Zwecken ist keine gesonderte Einwilligung der betroffenen Person erforderlich.
Speicherdauer	Kommt aufgrund der Angebotsanfrage kein anwaltliches Mandatsverhältnis zustande, verarbeitet der Verantwortliche die mit der Angebotsanfrage verbundenen personenbezogenen Daten bis zum Ablauf der Gültigkeitsdauer des Angebots, höchstens jedoch 30 Tage ab dessen Übermittlung, und löscht sie anschließend. Kommt infolge der Angebotsanfrage ein anwaltliches Mandatsverhältnis zustande, gelten für die weitere Verarbeitung der zur Erfüllung des Mandats erforderlichen personenbezogenen Daten die Datenschutzbestimmungen im Zusammenhang mit dem anwaltlichen Mandat.
Empfänger	Als Auftragsverarbeiter fungiert der Betreiber, Entwickler und Hostinganbieter der Website, Szalai Gábor, Einzelunternehmer (Sitz: 9330 Kapuvár, Szigethy Attila utca 9.; Steuernummer: 68098944-28).
Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Angebotsanfrage ist freiwillig. Die betroffene Person ist nicht verpflichtet, ein Angebot anzufordern. Ohne die für die Erstellung und Übermittlung des Angebots erforderlichen personenbezogenen Daten kann der Verantwortliche die Angebotsanfrage jedoch nicht oder nur eingeschränkt bearbeiten.

2.4. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Anforderung und Übermittlung eines E-Books

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche verarbeitet im Zusammenhang mit der Anforderung eines E-Books folgende personenbezogene Daten: den Namen und die E-Mail-Adresse des Anfordernden sowie den Zeitpunkt

	der Anforderung und der Übermittlung des E-Books.
Herkunft der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten stammen unmittelbar von der betroffenen Person, die diese bei der Anforderung des E-Books angibt.
Zweck der Datenverarbeitung	Der Verantwortliche bietet Interessenten über die Website die Möglichkeit, eine von ihm veröffentlichte elektronische Publikation zu rechtlichen Themen (E-Book) anzufordern. Zweck der Datenverarbeitung ist die Entgegennahme der Anforderung des E-Books, die Identifizierung des Anfordernden in dem zur Erfüllung der Anforderung erforderlichen Umfang sowie die Übermittlung der angeforderten elektronischen Publikation an die vom Anfordernden angegebene E-Mail-Adresse. Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Anforderung des E-Books erstreckt sich nicht auf den Versand von Newslettern, Werbenachrichten oder sonstigen Marketinginhalten.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO. Danach ist die Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig, wenn sie für die Erfüllung eines Vertrags erforderlich ist, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist. Die Datenverarbeitung ist erforderlich, um der betroffenen Person die von ihr angeforderte elektronische Publikation zur Verfügung zu stellen.
Speicherdauer	Der Verantwortliche verarbeitet die im Zusammenhang mit der Anforderung des E-Books bereitgestellten personenbezogenen Daten bis zur Erfüllung der Anforderung, das heißt bis zur Übermittlung der elektronischen Publikation, und löscht sie anschließend.
Empfänger	Als Auftragsverarbeiter fungiert der Betreiber, Entwickler und Hostinganbieter der Website, Szalai Gábor, Einzelunternehmer (Sitz: 9330 Kapuvár, Szigethy Attila utca 9.; Steuernummer: 68098944-28). Für den Versand des E-Books nimmt der Verantwortliche außerdem als Auftragsverarbeiter den Dienst Listamester in Anspruch (Unternehmensname: Bithuszárok Számítástechnikai és Szolgáltató Betéti Társaság, Sitz: 2051 Biatorbágy, Damjanich utca 8. tetőtér 4., Website: listamester.hu).
Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Anforderung des E-Books ist freiwillig. Ohne Angabe der für die Erfüllung der Anforderung

	erforderlichen E-Mail-Adresse kann der Verantwortliche die elektronische Publikation nicht übermitteln. Die Anforderung des E-Books ist nicht von einer Einwilligung in den Newsletterversand abhängig.

2.5. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der über die Website angebotenen Rechtsberatung

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche kann im Zusammenhang mit der Rechtsberatung insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeiten: den Namen und die E-Mail-Adresse des Ratsuchenden sowie weitere von ihm angegebene Kontaktdaten, die gestellte Rechtsfrage und die Schilderung der Angelegenheit sowie die vom Ratsuchenden mitgeteilten Tatsachen und Umstände, die zur Beantwortung der Rechtsfrage erforderlich sind.
Herkunft der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten stammen von der Person, die die Rechtsberatung in Anspruch nehmen möchte.
Zweck der Datenverarbeitung	Der Verantwortliche bietet Interessenten über die Website die Möglichkeit, eine Online-Rechtsberatung zu ihren rechtlichen Fragen in Anspruch zu nehmen. Die Rechtsberatung kann je nach den Bedingungen der jeweiligen Dienstleistung kostenlos oder gegen Entgelt in Anspruch genommen werden. Zweck der Datenverarbeitung ist die Entgegennahme von Anfragen zur Rechtsberatung, die Kenntnisnahme der gestellten Rechtsfragen und der damit verbundenen Umstände, die Durchführung der zur Erbringung der Rechtsberatung erforderlichen Abstimmungen sowie die Ausarbeitung und Übermittlung der Rechtsberatung an den Ratsuchenden.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO. Danach ist die Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig, wenn sie für die Erfüllung eines Vertrags erforderlich ist, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist.
Speicherdauer	Der Verantwortliche bewahrt die im Zusammenhang mit der über die Website erbrachten Rechtsberatung entstandenen oder in seine Verfügungsgewalt gelangten Unterlagen und Korrespondenz gemäß Ziffer 3.7 der Regelung Nr. 16/2018 (XI. 26.) der Ungarischen Rechtsanwaltskammer (MÜK) für die Dauer eines Jahres ab ihrer Entstehung beziehungsweise ab ihrer Übernahme durch den Verantwortlichen auf, sofern gesetzliche Vorschriften oder kammerrechtliche Regelungen keine abweichende Aufbewahrungsfrist vorsehen. Den anwaltlichen Mandatsvertrag bewahrt der Verantwortliche gemäß Ziffer 3.5 Buchst. a der genannten Kammerregelung bis zur Verjährung der sich daraus ergebenden Ansprüche auf. Der Verantwortliche bewahrt die Unterlagen über die genannten Zeiträume hinaus ausschließlich dann auf, wenn dies durch gesetzliche Vorschriften, eine mit dem Mandanten getroffene Vereinbarung oder sonstige in der genannten Kammerregelung festgelegte Umstände gerechtfertigt ist.
Empfänger	Als Auftragsverarbeiter fungiert der Betreiber, Entwickler und Hostinganbieter der Website, Szalai Gábor, Einzelunternehmer (Sitz: 9330 Kapuvár, Szigethy

	Attila utca 9.; Steuernummer: 68098944-28).
Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Inanspruchnahme der Rechtsberatung ist freiwillig. Ohne die zur Beantwortung der Rechtsfrage erforderlichen Informationen und Kontaktdaten kann der Verantwortliche die Rechtsberatung nicht oder nur eingeschränkt erbringen.

2.6. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Rechnungsstellung

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche verarbeitet im Zusammenhang mit der Rechnungsstellung folgende personenbezogene Daten: den Rechnungsnamen, die Rechnungsanschrift, bei Einzelunternehmern oder anderen natürlichen Personen mit Steuernummer die Steuernummer, die Rechnungsnummer, das Ausstellungsdatum und das Leistungsdatum, die Bezeichnung und das Entgelt der Dienstleistung sowie sonstige auf der Rechnung enthaltene, gesetzlich vorgeschriebene Angaben.
Herkunft der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten stammen von der betroffenen Person beziehungsweise vom Auftraggeber, der die für die Rechnungsstellung erforderlichen Daten zur Verfügung stellt.
Zweck der Datenverarbeitung	Der Verantwortliche stellt für die von ihm erbrachten anwaltlichen Dienstleistungen Rechnungen gemäß den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften aus. Zweck der Datenverarbeitung ist die Ausstellung der Rechnungen, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Rechnungsstellung sowie die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrung der Buchungsbelege.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO. Danach ist die Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig, wenn sie zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der der Verantwortliche unterliegt. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage der folgenden ungarischen Rechtsvorschriften: § 166 Abs. 1–3 des Rechnungslegungsgesetzes (Számviteli tv.) sowie § 169 des Umsatzsteuergesetzes (Áfa tv.).
Speicherdauer	Der Verantwortliche bewahrt die Rechnungen und die dazugehörigen Buchungsbelege gemäß § 169 Abs. 2 des Rechnungslegungsgesetzes (Számviteli tv.) mindestens acht Jahre lang auf.
Empfänger	Der Verantwortliche verwendet das Rechnungsstellungsprogramm der ARENDSZERGAZDA Informatikai Kft. (Sitz: 1024 Budapest, Kisrókus utca 21. 2. em. 1.; Website: https://arendszergazda.hu/). Die Buchhaltungsdienstleistungen für den Verantwortlichen werden von der HO-BA 2003 Kft. (Sitz: 8600 Siófok, Sió utca 6. fszt. 6.) erbracht. Auch die ungarische Nationale Steuer- und Zollbehörde (Nemzeti Adó- és Vámhivatal, NAV) kann zur Erfüllung ihrer gesetzlich festgelegten Aufgaben Zugang zu den mit der Rechnungsstellung verbundenen Daten erhalten.
Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener	Ohne die vorgeschriebenen Rechnungsdaten kann der Verantwortliche keine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Rechnung ausstellen.

Daten	

2.7. Serverprotokollierung

Kategorien der verarbeiteten Daten	Die IP-Adresse des Besuchers, Datum und Uhrzeit des Besuchs, die aufgerufene URL sowie technische Daten über den vom Besucher verwendeten Browser.
Betroffene Personen	Natürliche Personen, die die Website besuchen.
Zweck der Datenverarbeitung	Gewährleistung der IT-Sicherheit der Website, Erkennung, Abwehr und Nachweis rechtswidriger oder missbräuchlicher Aktivitäten von Besuchern (z. B. Überlastungsangriffe, unbefugte Zugriffsversuche) sowie Diagnose technischer Fehler.
Rechtsgrundlage	Das berechtigte Interesse des Verantwortlichen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO. Das berechtigte Interesse des Verantwortlichen besteht darin, den ordnungsgemäßen und sicheren Betrieb der Website zu gewährleisten, Ereignisse zu erkennen und abzuwehren, die die IT-Sicherheit gefährden, sowie technische Fehler zu ermitteln. Der Verantwortliche hat im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung eine Interessenabwägung vorgenommen und dabei festgestellt, dass die Datenverarbeitung zur Erreichung der vorgenannten Zwecke erforderlich und verhältnismäßig ist und keinen Eingriff in die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen darstellt, der gegenüber dem berechtigten Interesse des Verantwortlichen überwiegen würde.
Speicherdauer	Die Aufbewahrungsfrist für die in den Serverprotokollen erfassten Daten beträgt drei Jahre.
Empfänger	Als Auftragsverarbeiter fungiert der Betreiber, Entwickler und Hostinganbieter der Website, Szalai Gábor, Einzelunternehmer (Sitz: 9330 Kapuvár, Szigethy Attila utca 9.; Steuernummer: 68098944-28).

3. VERARBEITUNGEN PERSONENBEZOGENER DATEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ANWALTLICHEN TÄTIGKEIT

3.1. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der rechtlichen Vertretung

Der Verantwortliche übernimmt auf Grundlage eines anwaltlichen Mandats – mit Ausnahme der Vertretung in gerichtlichen Streitverfahren – die rechtliche Vertretung. Dabei handelt er im Namen und im Interesse des Mandanten gegenüber Behörden, Notaren, sonstigen zuständigen Stellen sowie Dritten.

Detaillierte Informationen zur Datenverarbeitung

Kategorien der verarbeiteten Daten	Personenbezogene Daten des Mandanten, der Gegenpartei sowie sonstiger von der Angelegenheit betroffener natürlicher Personen, soweit diese für die rechtliche Vertretung erforderlich sind. Hierzu gehören insbesondere Identifikations- und Kontaktdaten, Informationen über den Sachverhalt und die Umstände der Angelegenheit, in Beweismitteln und Verfahrensunterlagen enthaltene Daten sowie personenbezogene Daten in der mit der Angelegenheit verbundenen Korrespondenz und Dokumentation.
Zweck der Datenverarbeitung	Rechtliche Vertretung des Mandanten in außergerichtlichen und sonstigen nichtstreitigen Verfahren, Durchsetzung seiner Rechte und berechtigten Interessen, Bearbeitung seiner rechtlichen Angelegenheiten, Erstellung der erforderlichen rechtsgeschäftlichen Erklärungen, Schriftsätze, Vereinbarungen

	und sonstigen Dokumente sowie Durchführung der mit der Vertretung verbundenen Abstimmungen und Kommunikation.
Rechtsgrundlage	Die zur Erfüllung des Mandats erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten des Mandanten beruht auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO. Die zur rechtlichen Vertretung erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten natürlicher Personen, die mit dem Verantwortlichen in keinem Vertragsverhältnis stehen, jedoch von der jeweiligen Angelegenheit betroffen sind – insbesondere der Gegenparteien und sonstiger betroffener Personen –, kann auf dem berechtigten Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO beruhen. Das mit der Datenverarbeitung verfolgte berechtigte Interesse besteht in der Durchsetzung der Rechte und berechtigten Interessen des Mandanten sowie in der ordnungsgemäßen Erfüllung des anwaltlichen Mandats. Erfolgt die Datenverarbeitung zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung, ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO die Rechtsgrundlage der jeweiligen Verarbeitung.
Speicherdauer	Gemäß Ziffer 3 der Regelung Nr. 16/2018 (XI. 26.) der Ungarischen Rechtsanwaltskammer (MÜK) bewahrt der Verantwortliche den von dem Berufsausübenden geschlossenen Mandatsvertrag bis zum Eintritt der Verjährung der daraus entstehenden Ansprüche auf. Von den in Strafverfahren, gerichtlichen Streitverfahren, behördlichen oder sonstigen hoheitlichen Verfahren entstandenen oder verwendeten Unterlagen sind aufzubewahren: a) die in der Sache ergangene Entscheidung beziehungsweise der Beschluss für fünf Jahre nach dem rechtskräftigen beziehungsweise endgültigen Abschluss des Verfahrens; b) Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Verfahren verarbeitet werden und bei dem verfahrensführenden Gericht, der Behörde oder einer anderen hoheitlichen Stelle nicht vorhanden sind, für fünf Jahre nach dem rechtskräftigen beziehungsweise endgültigen Abschluss des Verfahrens; c) Unterlagen, die nicht unter die Buchstaben a und b fallen, für ein Jahr nach dem rechtskräftigen beziehungsweise endgültigen Abschluss des Verfahrens. Unterlagen, die nicht unter die vorstehenden Bestimmungen fallen, sind – sofern keine Rechtsvorschrift oder Vereinbarung mit dem Mandanten eine längere Aufbewahrungsfrist vorschreibt – für ein Jahr nach ihrer Erstellung durch den Berufsausübenden beziehungsweise nach ihrer Übernahme in dessen Verfügungsgewalt aufzubewahren.
Empfänger	Die für die rechtliche Vertretung erforderlichen personenbezogenen Daten können je nach Art des jeweiligen Verfahrens an Notare, Behörden oder andere verfahrensführende Stellen sowie an die am Verfahren beteiligten Personen übermittelt werden. Unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen können die mit der behördlichen Aufsicht durch die Rechtsanwaltskammer betrauten Personen oder Stellen sowie – in dem zur Erfüllung ihrer im Üttv. festgelegten Aufgaben erforderlichen Umfang – der vertretende Rechtsanwalt und der bestellte Kanzleiverwalter Zugang zu den Daten erhalten.
Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Werden die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht zur Verfügung gestellt, kann der Verantwortliche die rechtliche Vertretung nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen.

3.2. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Erstellung von Urkunden

Im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit erstellt der Verantwortliche auf Grundlage eines anwaltlichen Mandats Urkunden, insbesondere Verträge, Vereinbarungen, Erklärungen und sonstige Dokumente, die rechtsgeschäftliche Erklärungen enthalten. Bei der Erstellung der Urkunden hält der Verantwortliche die rechtsgeschäftliche Erklärung des Mandanten beziehungsweise die Vereinbarung der beteiligten Parteien unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen schriftlich in einer Form fest, die geeignet ist, die beabsichtigten Rechtswirkungen herbeizuführen.

Kategorien der verarbeiteten Daten	Abhängig von der Art und dem Inhalt der Urkunde sowie der Natur des jeweiligen Rechtsgeschäfts insbesondere: • Personenidentifikationsdaten (Name, Geburtsname, Geburtsort und Geburtsdatum, Geburtsname der Mutter); • Wohnanschrift und Kontaktdaten; • Staatsangehörigkeit; • Daten von Identitätsdokumenten, soweit deren Verarbeitung erforderlich ist; • ungarische Steueridentifikationsnummer und sonstige gesetzlich vorgeschriebene Identifikationsmerkmale; • Angaben zum Gegenstand und zu den Bedingungen des jeweiligen Rechtsgeschäfts sowie zu den Rechten und Pflichten der betroffenen Personen; • bei Immobiliengeschäften Identifikationsdaten der Immobilie sowie Informationen über Eigentumsverhältnisse und sonstige Rechtsverhältnisse; • weitere personenbezogene Daten, die für die Erstellung und Gegenzeichnung der Urkunde beziehungsweise für die Abwicklung des Rechtsgeschäfts erforderlich sind.
Zweck der Datenverarbeitung	Erfüllung des Mandats, Erstellung der für das Rechtsgeschäft erforderlichen Urkunde, ordnungsgemäße schriftliche Niederlegung der rechtsgeschäftlichen Erklärungen der beteiligten Parteien, Gewährleistung der Rechtskonformität der Urkunde sowie Erfüllung der damit verbundenen gesetzlichen und anwaltlichen Pflichten.
Rechtsgrundlage	Die zur Erfüllung des Mandats zur Erstellung einer Urkunde erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten des Mandanten beruht auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO.
Speicherdauer	Die Aufbewahrungsdauer richtet sich nach den in Ziffer 3 der Regelung Nr. 16/2018 (XI. 26.) der Ungarischen Rechtsanwaltskammer (MÜK) festgelegten Fristen und hängt von der Art der erstellten Urkunde ab. Bei letztwilligen Verfügungen, sonstigen Urkunden, die rechtsgeschäftliche Erklärungen im Zusammenhang mit einem Erbrechtsverhältnis enthalten, sowie weiteren damit verbundenen Unterlagen beträgt die Aufbewahrungsfrist fünf Jahre nach Eintritt der Rechtskraft des Beschlusses über die endgültige Übertragung des Nachlasses des Erblassers. Bei Unterlagen, die einer vom Rechtsanwalt eingereichten Anmeldung zur Eintragung einer Gesellschaft oder zur Eintragung von Änderungen beigefügt sind, sofern die betreffende Angelegenheit keine anwaltliche Gegenzeichnung einer Urkunde umfasst, beträgt die Aufbewahrungsfrist zehn Jahre ab Einreichung des Antrags.
Empfänger	Der Verantwortliche legt die im Zusammenhang mit der Erstellung von Urkunden verarbeiteten personenbezogenen Daten anderen Personen oder Stellen ausschließlich dann offen, wenn dies zur Abwicklung des jeweiligen Rechtsgeschäfts, zur Erfüllung des Mandats oder zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich ist.

	Je nach Art der Angelegenheit können insbesondere die an der Urkunde beteiligten Vertragsparteien und ihre Vertreter sowie Notare, Immobilienbehörden, Registergerichte oder sonstige Stellen Empfänger der personenbezogenen Daten sein, denen der Verantwortliche zur Bearbeitung der Angelegenheit Urkunden oder Anträge mit personenbezogenen Daten übermittelt. Gemäß Art. 4 Nr. 9 DSGVO gelten Behörden, die auf Grundlage des Unionsrechts oder des Rechts der Mitgliedstaaten im Rahmen einer bestimmten Untersuchung Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten können, nicht als Empfänger. Der Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten stets nur im erforderlichen Umfang und unter Beachtung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht sowie der anwendbaren Rechtsvorschriften.
Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Bereitstellung der für die Erstellung der Urkunde erforderlichen personenbezogenen Daten ist Voraussetzung für die Erfüllung des Mandats und in bestimmten Fällen auch für die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen. Fehlen die erforderlichen Daten, kann der Verantwortliche die Urkunde nicht oder nicht mit dem erforderlichen Inhalt erstellen beziehungsweise die damit verbundene rechtliche Bearbeitung nicht durchführen.

3.3. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der anwaltlichen Gegenzeichnung von Urkunden

Im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit zeichnet der Verantwortliche die von ihm erstellten Urkunden gegen, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Durch die anwaltliche Gegenzeichnung bestätigt der Verantwortliche die im ungarischen Gesetz Nr. LXXVIII von 2017 über die anwaltliche Tätigkeit (Üttv.) festgelegten Umstände, insbesondere, dass die Urkunde den gesetzlichen Vorschriften entspricht, dass ihr Inhalt nach Erklärung der Parteien ihrem Willen entspricht und dass die Unterzeichnung der Urkunde beziehungsweise die Anerkennung der Unterschrift als eigene Unterschrift in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise erfolgt ist. Hat eine der Vertragsparteien dem Verantwortlichen kein Mandat erteilt, informiert der Verantwortliche die betroffene Person in den im Üttv. vorgesehenen Fällen vor der Unterzeichnung der Urkunde schriftlich darüber, dass durch die Gegenzeichnung allein kein anwaltliches Mandatsverhältnis begründet wird. Der Verantwortliche ermöglicht auch die Unterzeichnung beziehungsweise die Anerkennung einer Unterschrift unter Nutzung eines elektronischen Kommunikationsnetzes (anwaltliche Ferngegenzeichnung). Dabei wird unter den gesetzlich und in den Kammerregelungen festgelegten Voraussetzungen eine Bild- und Tonaufzeichnung der betroffenen Person angefertigt.

Kategorien der verarbeiteten Daten	Im Zusammenhang mit der Gegenzeichnung werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet: • die in der gegengezeichneten Urkunde enthaltenen personenbezogenen Daten und rechtsgeschäftlichen Erklärungen; • der Name und die weiteren in der Urkunde angegebenen Identifikationsdaten der unterzeichnenden natürlichen Personen; • Ort und Zeitpunkt der Gegenzeichnung; • personenbezogene Daten in der Dokumentation über die Unterzeichnung der Urkunde beziehungsweise die Anerkennung der Unterschrift als eigene Unterschrift; • bei einer Ferngegenzeichnung Bild- und Tonaufzeichnungen, die das Bildnis und die Stimme der betroffenen Person enthalten, sowie Daten, die zur Dokumentation der Umstände der Unterzeichnung oder der Anerkennung der Unterschrift erforderlich sind.
Zweck der	Rechtskonforme Gegenzeichnung der Urkunde, Bestätigung der Umstände der

Datenverarbeitung	Unterzeichnung beziehungsweise der Anerkennung der Unterschrift als eigene Unterschrift, Dokumentation und Nachweis der ordnungsgemäßen Gegenzeichnung sowie Erfüllung der damit verbundenen gesetzlichen Verpflichtungen. Bei einer Ferngegenzeichnung dient die Datenverarbeitung außerdem der Aufzeichnung der Umstände der Unterzeichnung oder der Anerkennung der Unterschrift über ein elektronisches Kommunikationsnetz und der Gewährleistung ihrer nachträglichen Nachweisbarkeit.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der gesetzlich vorgeschriebenen Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Gegenzeichnung von Urkunden ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO, die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen. Die entsprechenden rechtlichen Verpflichtungen ergeben sich insbesondere aus den Bestimmungen des Üttv. über die Gegenzeichnung von Urkunden (§§ 43–45/A Üttv.) sowie den einschlägigen Regelungen der Rechtsanwaltskammer. Rechtsgrundlage für die gesetzlich vorgeschriebene Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen bei einer Ferngegenzeichnung ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO.
Speicherdauer	Der Verantwortliche bewahrt die von ihm gegengezeichnete Urkunde sowie die sonstigen im Zusammenhang mit der Gegenzeichnung entstandenen Unterlagen für zehn Jahre ab der Gegenzeichnung auf, sofern keine Rechtsvorschrift eine längere Aufbewahrungsfrist vorsieht oder die Parteien keine längere Aufbewahrungsfrist vereinbart haben. Die bei einer Ferngegenzeichnung (Gegenzeichnung mittels Videotelefonie) angefertigten Bild- und Tonaufzeichnungen sind innerhalb der Aufbewahrungsfrist der gegengezeichneten Urkunde aufzubewahren. Bei Angelegenheiten, die die Eintragung eines Rechts an einer Immobilie in ein öffentliches Register mit öffentlichem Glauben betreffen, beträgt die Aufbewahrungsfrist zehn Jahre ab Eintragung des Rechts.
Empfänger	Je nach Art der Angelegenheit können insbesondere die an der Urkunde beteiligten Vertragsparteien und ihre Vertreter sowie Notare, Immobilienbehörden, Registergerichte oder andere Stellen Empfänger der personenbezogenen Daten sein, denen der Verantwortliche zur Bearbeitung der Angelegenheit Urkunden oder Anträge mit personenbezogenen Daten übermittelt.
Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Bereitstellung der für die Gegenzeichnung erforderlichen personenbezogenen Daten sowie die Mitwirkung an dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren sind Voraussetzungen für die Gegenzeichnung. Stellt die betroffene Person die erforderlichen Daten nicht zur Verfügung oder sind die gesetzlichen Voraussetzungen der Gegenzeichnung nicht erfüllt, kann der Verantwortliche die Urkunde nicht gegenzeichnen.

3.4. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der anwaltlichen Verwahrung und Verwaltung von Treuhandgut

Im Zusammenhang mit seiner anwaltlichen Tätigkeit kann der Verantwortliche zur Erfüllung des Mandats, zur Begleichung der mit dem Mandat verbundenen Verfahrenskosten oder zum Zweck der Verwahrung Geld, bargeldersetzende Zahlungsmittel, Gutscheine, Wertpapiere, Urkunden oder andere gesetzlich zur Verwahrung zugelassene Gegenstände entgegennehmen, verwahren und verwalten. Die Verwahrung und Verwaltung erfolgt gemäß den Bestimmungen des ungarischen Gesetzes Nr. LXXVIII von 2017 über die anwaltliche Tätigkeit (Üttv.) sowie der Regelung Nr. 7/2018 (III. 26.) der Ungarischen Rechtsanwaltskammer (MÜK) über die detaillierten Vorschriften für die Verwahrung und Verwaltung von Treuhandgut und Geld sowie für die Führung

des Verwahrungsregisters. Der Verantwortliche sorgt entsprechend den im Verwahrungsvertrag und in den vorgenannten Rechtsvorschriften festgelegten Bedingungen für die Verwahrung, Verwaltung, Abrechnung und Herausgabe des Treuhandguts. In den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen trägt der Verantwortliche die Daten des Treuhandguts auch in das von der Rechtsanwaltskammer betriebene elektronische Verwahrungsregister ein.

Kategorien der verarbeiteten Daten	Abhängig von der Art des Treuhandguts und dem Inhalt des Verwahrungsvertrags insbesondere: • Personenidentifikationsdaten des Hinterlegers, des zur Entgegennahme des Treuhandguts Berechtigten und des Begünstigten; • Wohnanschriften und Kontaktdaten der betroffenen Personen; • personenbezogene Daten im Verwahrungsvertrag und in den dazugehörigen Dokumenten; • Angaben zu Gegenstand, Art, Betrag, Währung und Rechtsgrund des Treuhandguts; • Angaben zur Entgegennahme, Verwaltung, Änderung, Abrechnung und Herausgabe des Treuhandguts; • bei Geldverwahrung die zur Durchführung erforderlichen Bankkonto- und Zahlungsverkehrsdaten; • die Geschäftskennung des Verwahrungsvertrags und die personenbezogenen Daten des gesetzlich vorgeschriebenen Verwahrungsregisters.
Zweck der Datenverarbeitung	Abschluss und Erfüllung des Verwahrungsvertrags, Entgegennahme, sichere Aufbewahrung, Verwaltung, Abrechnung und Herausgabe des Treuhandguts an die berechtigte Person sowie Erfüllung der gesetzlichen Registrierungs-, Kontroll- und Abrechnungspflichten im Zusammenhang mit der Verwaltung des Treuhandguts.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten, die zur Erfüllung eines mit einem natürlichen Hinterleger geschlossenen Verwahrungsvertrags erforderlich sind, ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO.
Speicherdauer	Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten und Dokumente im Zusammenhang mit der Verwaltung des Treuhandguts für folgende Zeiträume: • Verwahrungsvertrag: zehn Jahre nach Beendigung des Verwahrungsvertrags gemäß Ziffer 3.5 der Regelung Nr. 16/2018 (XI. 26.) der Ungarischen Rechtsanwaltskammer (MÜK). • In Verwahrung genommene Urkunde: bis zur Beendigung des Verwahrungsvertrags gemäß Ziffer 3.4 derselben Regelung. • Elektronisches Verwahrungsregister: Die in § 51 Üttv. festgelegten Daten werden zehn Jahre nach Beendigung des Verwahrungsvertrags im Register gespeichert. • Sonstige damit verbundene Unterlagen: entsprechend den jeweils geltenden besonderen gesetzlichen oder kammerrechtlichen Aufbewahrungsfristen. Sieht eine Rechtsvorschrift für bestimmte Unterlagen eine längere Aufbewahrungsfrist vor, wendet der Verantwortliche die gesetzlich vorgeschriebene Frist an.
Empfänger	Je nach Art des jeweiligen Verwahrungsverhältnisses können die zur Entgegennahme des Treuhandguts berechtigten Personen, die an der Abwicklung beteiligten Zahlungsdienstleister sowie in den gesetzlich festgelegten Fällen die Rechtsanwaltskammer Empfänger der

	personenbezogenen Daten sein. Der Verantwortliche erfasst die Daten der von ihm verwalteten Treuhandgüter, deren Wert mindestens dem Zweifachen des monatlichen gesetzlichen Mindestlohns entspricht, sowie Änderungen dieser Daten im elektronischen Verwahrungsregister der regionalen Rechtsanwaltskammern. Dies dient der Sicherheit der Verwaltung des Treuhandguts und der wirksamen Überprüfbarkeit der Einhaltung der einschlägigen Vorschriften (§ 51 Üttv.).
Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Bereitstellung der für die Verwaltung des Treuhandguts erforderlichen personenbezogenen Daten ist Voraussetzung für den Abschluss und die Erfüllung des Verwahrungsvertrags sowie für die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen. Stellt die betroffene Person die erforderlichen Daten nicht zur Verfügung, kann der Verantwortliche den Verwahrungsvertrag nicht abschließen beziehungsweise die Verwaltung oder Herausgabe des Treuhandguts nicht durchführen.

3.5. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Identifizierung im Rahmen der anwaltlichen Tätigkeit

Der Verantwortliche führt in den in §§ 32–33 des ungarischen Gesetzes Nr. LXXVIII von 2017 über die anwaltliche Tätigkeit (Üttv.) vorgesehenen Fällen die Identifizierung der Mandanten, der Personen, die in Urkunden rechtsgeschäftliche Erklärungen abgeben, sowie der in deren Namen handelnden Vertreter durch. Die Identifizierung dient der Feststellung der Identität der betroffenen Personen, der Förderung der Rechtssicherheit bei Rechtsgeschäften sowie der Einhaltung der gesetzlichen Beschränkungen für die anwaltliche Tätigkeit. In den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen führt der Verantwortliche ein Register über die identifizierten Personen. Die Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie die damit verbundenen Registerabfragen werden in einem gesonderten Abschnitt dieser Datenschutzhinweise behandelt.

Kategorien der verarbeiteten Daten	Im Rahmen der Identifizierung werden gemäß den für die jeweilige Angelegenheit geltenden gesetzlichen Bestimmungen insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet: • Personenidentifikationsdaten: Familienname und Vorname, Geburtsfamilienname und Geburtsvorname, Geburtsort und Geburtsdatum, Geburtsfamilienname und Geburtsvorname der Mutter; • Wohnanschrift; • Staatsangehörigkeit, Staatenlosigkeit, Flüchtlingsstatus oder Status als Staatsangehöriger eines EWR-Staates, Berechtigung zum langfristigen Aufenthalt; • Art und Nummer des zur Identifizierung verwendeten Identitätsdokuments; • Kennung der im Rahmen einer Datenabfrage gemäß § 32 Abs. 3 Üttv. erhaltenen Antwort; • Geschäftskennungen der Angelegenheiten, in denen die Identifizierung der natürlichen Person verpflichtend ist; • Identifikationsdaten des Vertreters einer juristischen Person oder einer anderen Organisation; • im Rahmen der Identifizierung festgestellte Änderungen personenbezogener Daten sowie der Zeitpunkt ihrer Überprüfung.
Zweck der Datenverarbeitung	Erfüllung der gesetzlichen Identifizierungspflichten im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Erfüllung anwaltlicher Mandate sowie der Gegenzeichnung von Urkunden, Feststellung der Identität der betroffenen Personen, Förderung der Sicherheit von Rechtsgeschäften, Einhaltung der gesetzlichen Beschränkungen für die anwaltliche Tätigkeit sowie Führung des gesetzlich

	vorgeschriebenen Identifizierungsregisters.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO, die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen. Die rechtliche Verpflichtung ergibt sich aus §§ 32–33 Üttv.
Speicherdauer	Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten des gemäß § 33 Üttv. geführten Identifizierungsregisters entsprechend § 33 Abs. 7 Üttv. für die im Gesetz über die Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung festgelegte Dauer. Diese beträgt grundsätzlich acht Jahre nach Beendigung der Geschäftsbeziehung beziehungsweise nach Erfüllung des Einzelauftrags.
Empfänger	Unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen können die mit der behördlichen Aufsicht durch die Rechtsanwaltskammer betrauten Personen oder Stellen sowie – in dem zur Erfüllung ihrer im Üttv. festgelegten Aufgaben erforderlichen Umfang – der vertretende Rechtsanwalt und der bestellte Kanzleiverwalter Zugang zu den Daten erhalten.
Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Bereitstellung der für die Identifizierung erforderlichen personenbezogenen Daten und die Mitwirkung an dem gesetzlich vorgeschriebenen Identifizierungsverfahren sind Voraussetzungen für die Ausübung der jeweiligen anwaltlichen Tätigkeit. Stellt die betroffene Person die für die Identifizierung erforderlichen Daten nicht zur Verfügung oder kann die Identifizierung nicht durchgeführt werden, verweigert der Verantwortliche in den gesetzlich vorgesehenen Fällen die Annahme des Mandats beziehungsweise die Gegenzeichnung der Urkunde oder kann die betreffende anwaltliche Tätigkeit nicht ausüben.

3.6. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Erfüllung der Sorgfaltspflichten gegenüber Mandanten gemäß dem Pmt.

Zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erfüllt der Verantwortliche bei anwaltlichen Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des ungarischen Gesetzes Nr. LIII von 2017 (im Folgenden: „Pmt.“) fallen, die gesetzlichen Sorgfaltspflichten gegenüber Mandanten. Im Rahmen dieser Sorgfaltspflichten identifiziert der Verantwortliche den Mandanten, die in dessen Vertretung handelnde Person sowie erforderlichenfalls den wirtschaftlich Berechtigten. Er überprüft die Identität anhand geeigneter Nachweise, holt die gesetzlich vorgeschriebenen Erklärungen ein, prüft den Zweck und die Art der Geschäftsbeziehung oder des einzelnen Auftrags und erfüllt die weiteren im Pmt. vorgesehenen Sorgfalts- und Überwachungspflichten. Im Rahmen dieser Prüfungen führt der Verantwortliche in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen auch Registerabfragen und Überprüfungen der Daten von Identitätsdokumenten durch. Hierzu gehört gegebenenfalls die Nutzung des mit der anwaltlichen Tätigkeit verbundenen JÜB-Systems, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Die Nutzung des JÜB-Systems kann auch zur Erfüllung der Identifizierungs- und Überprüfungspflichten nach dem Üttv. erfolgen. Eine solche Überprüfung ist daher nicht ausschließlich Bestandteil der Sorgfaltspflichten nach dem Pmt.

Kategorien der verarbeiteten Daten	Der Verantwortliche verarbeitet entsprechend den jeweils bestehenden Sorgfaltspflichten gegenüber Mandanten und den anzuwendenden Sorgfaltsmaßnahmen insbesondere folgende personenbezogene Daten: • Familienname und Vorname sowie Geburtsfamilienname und Geburtsvorname des Mandanten; • Staatsangehörigkeit; • Geburtsort und Geburtsdatum;

	• Geburtsname der Mutter; • Wohnanschrift, ersatzweise Aufenthaltsort; • Art und Nummer des Identitätsdokuments; • bei juristischen Personen oder anderen Organisationen Namen, Funktionen und zur Identifizierung erforderliche Daten der vertretungsberechtigten natürlichen Personen; • die nach dem Pmt. vorgeschriebenen personenbezogenen Daten des wirtschaftlich Berechtigten sowie Angaben zu dessen Eigenschaft als wirtschaftlich Berechtigter und zu seiner Beteiligung; • Erklärungen und Daten zur Eigenschaft als politisch exponierte Person beziehungsweise als Familienmitglied oder bekanntermaßen nahestehende Person einer politisch exponierten Person; • Daten zum Zweck und zur Art der Geschäftsbeziehung oder des Einzelauftrags sowie erforderlichenfalls zur Herkunft der Geldmittel und des Vermögens; • Kopien der im Rahmen der Sorgfaltsprüfung vorgelegten Dokumente, soweit diese gesetzlich anzufertigen sind, sowie Ergebnisse von Registerüberprüfungen; • Zeitpunkt und Ergebnis der Sorgfaltsprüfung, die angewandten Maßnahmen und die gesetzlich vorgeschriebenen Registerdaten. Bei der Verarbeitung von Kopien der Identitätsdokumente beachtet der Verantwortliche die im Pmt. vorgesehenen Beschränkungen, insbesondere das Verbot, die Seite des amtlichen Wohnsitznachweises zu kopieren, auf der die persönliche Identifikationsnummer angegeben ist.
Zweck der Datenverarbeitung	Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie Erfüllung der im Pmt. vorgesehenen Pflichten zur Sorgfaltsprüfung gegenüber Mandanten, Identitätsüberprüfung, Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten, Risikobewertung, laufenden Überwachung, Registerführung und Aufbewahrung. Die Datenverarbeitung dient außerdem dem Nachweis, dass die Sorgfaltsprüfung ordnungsgemäß durchgeführt wurde, sowie der Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungs- und Auskunftspflichten.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO, die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen. Die Datenverarbeitung beruht insbesondere auf den Bestimmungen des Pmt. über die Sorgfaltsprüfung gegenüber Mandanten, Datenüberprüfung, Registerführung und Datenaufbewahrung. Rechtsgrundlage für die nach dem Üttv. verpflichtende Überprüfung unter Nutzung des JÜB-Systems ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des Üttv.
Speicherdauer	Der Verantwortliche bewahrt die aufgrund des Pmt. verarbeiteten personenbezogenen Daten, die im Rahmen der Sorgfaltsprüfung eingeholten Dokumente und die damit verbundenen Registerdaten gemäß §§ 56–57 Pmt. acht Jahre nach Beendigung der Geschäftsbeziehung beziehungsweise nach Erfüllung des Einzelauftrags auf. Aufgrund einer rechtmäßigen Anfrage der in § 58 Pmt. genannten Stellen kann die Aufbewahrungsfrist um den in der Anfrage festgelegten Zeitraum verlängert werden, höchstens jedoch auf zehn Jahre nach Beendigung der Geschäftsbeziehung beziehungsweise nach Erfüllung des Einzelauftrags.
Empfänger	Unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen können die personenbezogenen Daten der für die Aufsicht gemäß dem Pmt. zuständigen Stelle, der zentralen Meldestelle für Finanztransaktionen (Financial Intelligence Unit) oder einer anderen gesetzlich zuständigen Behörde zugänglich gemacht

werden. Gemäß Art. 4 Nr. 9 DSGVO gelten Behörden, die auf Grundlage des Unionsrechts oder des Rechts der Mitgliedstaaten im Rahmen einer bestimmten Untersuchung Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten können, nicht als Empfänger. Bei der Nutzung des JÜB-Systems führt der Verantwortliche anhand der gesetzlich vorgeschriebenen Daten Überprüfungen in den entsprechenden öffentlichen Registern mit öffentlichem Glauben durch. Die Datenübermittlung im Rahmen der Überprüfung und die Verarbeitung der erhaltenen Daten richten sich nach den Bestimmungen des Üttv.

Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Bereitstellung der für die gesetzlich vorgeschriebene Sorgfaltsprüfung gemäß dem Pmt. erforderlichen personenbezogenen Daten sowie die Abgabe der vorgeschriebenen Erklärungen sind Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der betreffenden anwaltlichen Dienstleistung. Stellt der Mandant die erforderlichen Daten nicht zur Verfügung, gibt er die erforderlichen Erklärungen nicht ab oder kann die Sorgfaltsprüfung aus anderen Gründen nicht durchgeführt werden, darf der Verantwortliche gemäß dem Pmt. die betreffende Geschäftsbeziehung nicht begründen, den Einzelauftrag nicht ausführen beziehungsweise muss in den gesetzlich vorgesehenen Fällen eine bestehende Geschäftsbeziehung beenden.

3.7. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Führung des anwaltlichen Fallregisters

Der Verantwortliche führt gemäß § 53 des ungarischen Gesetzes Nr. LXXVIII von 2017 über die anwaltliche Tätigkeit (Üttv.) ein Register über die im Rahmen anwaltlicher Mandate bearbeiteten Angelegenheiten. Die Führung dieses Fallregisters dient dazu, die Einhaltung der Vorschriften über die anwaltliche Tätigkeit überprüfbar zu machen und die Rechte der Mandanten für den Fall zu schützen, dass die Berechtigung zur Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit erlischt.

Kategorien der verarbeiteten Daten	Im anwaltlichen Fallregister werden gemäß § 53 Üttv. folgende Daten verarbeitet: die vom Rechtsanwalt vergebene Geschäftskennung, der Name des Mandanten, der Gegenstand der Angelegenheit, das Datum des Zustandekommens des Mandatsvertrags sowie gegebenenfalls die Register- beziehungsweise Aktenzeichen der mit der Angelegenheit verbundenen Verfahren.
Zweck der Datenverarbeitung	Führung des gemäß § 53 Üttv. vorgeschriebenen Fallregisters, um die Überprüfbarkeit der Einhaltung der Vorschriften über die anwaltliche Tätigkeit zu gewährleisten und die Rechte der Mandanten für den Fall zu schützen, dass die Berechtigung zur Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit erlischt.
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO, die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen. Die Datenverarbeitung beruht auf § 53 Üttv.
Speicherdauer	Der Verantwortliche verarbeitet die im Fallregister enthaltenen personenbezogenen Daten für die in § 53 Abs. 3 Üttv. festgelegte Dauer. Die Aufbewahrungsfrist beträgt grundsätzlich fünf Jahre nach Beendigung des anwaltlichen Mandats. In den im Üttv. vorgesehenen besonderen Fällen sind die Daten entsprechend der für die jeweilige Angelegenheit geltenden längeren Aufbewahrungsfrist aufzubewahren. Gemäß Ziffer 3.6 der Regelung Nr. 16/2018 (XI. 26.) der Ungarischen Rechtsanwaltskammer (MÜK) ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Register so lange aufzubewahren, bis die

	Aufbewahrungsfristen sämtlicher darin enthaltenen Daten abgelaufen sind.
Empfänger	Der Verantwortliche legt die im Fallregister enthaltenen personenbezogenen Daten anderen Personen oder Stellen ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder aufgrund einer rechtmäßigen Anfrage und nur im hierfür erforderlichen Umfang offen. Unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen können die mit der behördlichen Aufsicht durch die Rechtsanwaltskammer betrauten Personen oder Stellen sowie – in dem zur Erfüllung ihrer im Üttv. festgelegten Aufgaben erforderlichen Umfang – der vertretende Rechtsanwalt und der bestellte Kanzleiverwalter Zugang zu den Daten erhalten.
Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten	Die Führung des Fallregisters ist eine gesetzliche Verpflichtung des Verantwortlichen. Daher ist die Einwilligung der betroffenen Person nicht erforderlich. Fehlen die für die Führung des Fallregisters erforderlichen Daten, kann der Verantwortliche das anwaltliche Mandat nicht entsprechend den gesetzlichen Anforderungen registrieren, was die Erbringung der betreffenden anwaltlichen Dienstleistung verhindern kann.

4. RECHTE DER BETROFFENEN PERSONEN

Recht auf Information (Art. 13–14 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, Informationen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form sowie in einer klaren und einfachen Sprache zu erhalten. Der Gewährleistung dieses Rechts dienen die vorliegenden Datenschutzhinweise.
Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie über die wesentlichen Umstände der Verarbeitung. Insbesondere kann sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien personenbezogener Daten, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern sowie die geplante Speicherdauer oder die Kriterien für deren Festlegung verlangen. Sie hat ferner das Recht, eine Kopie der personenbezogenen Daten zu erhalten, die Gegenstand der Verarbeitung sind.
Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat sie außerdem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.
Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, wenn einer der folgenden Gründe zutrifft: – Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig. – Die Verarbeitung beruht auf einer Einwilligung, die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. – Die betroffene Person legt Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen

	berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor. – Die betroffene Person legt Widerspruch gegen die Verarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung ein. – Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet. – Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt. – Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft für Kinder erhoben. Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung aus einem der in Art. 17 Abs. 3 DSGVO genannten Gründe erforderlich ist, insbesondere zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Beruht eine Verarbeitung auf der Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO, kann die betroffene Person ihre Einwilligung jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Besteht keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung, löscht der Verantwortliche die personenbezogenen Daten.
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist: – Die betroffene Person bestreitet die Richtigkeit der personenbezogenen Daten. In diesem Fall gilt die Einschränkung für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen. – Die Verarbeitung ist unrechtmäßig und die betroffene Person lehnt die Löschung der personenbezogenen Daten ab und verlangt stattdessen die Einschränkung ihrer Nutzung. – Der Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. – Die betroffene Person hat gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt. In diesem Fall gilt die Einschränkung, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen. Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.
Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)	Die betroffene Person hat gemäß Art. 20 DSGVO das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Sie hat außerdem das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, ohne dabei durch den Verantwortlichen behindert zu werden. Das Recht auf Datenübertragbarkeit besteht, wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1

	Buchst. a DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Die betroffene Person hat ferner das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Die Ausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen und führt nicht automatisch zur Löschung der Daten aus den Systemen des Verantwortlichen. Das Recht auf Datenübertragbarkeit findet keine Anwendung auf Verarbeitungen, deren Rechtsgrundlage die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO oder das berechtigte Interesse des Verantwortlichen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO ist.
Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)	Die betroffene Person kann aus Gründen ihrer besonderen Situation jederzeit Widerspruch gegen eine Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e oder f DSGVO einlegen. Der Verantwortliche verarbeitet die Daten dann nicht mehr, es sei denn, er weist zwingende schutzwürdige Gründe nach, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Gegen eine Verarbeitung für Direktwerbung kann die betroffene Person jederzeit Widerspruch einlegen; in diesem Fall werden die Daten nicht mehr zu diesem Zweck verarbeitet.

Die betroffene Person kann ihren Antrag zur Ausübung der vorstehenden Rechte schriftlich oder elektronisch an den Verantwortlichen über eine der in Abschnitt 1 dieser Datenschutzhinweise angegebenen Kontaktmöglichkeiten richten. Der Verantwortliche informiert sie unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, über die ergriffenen Maßnahmen. Diese Frist kann unter Berücksichtigung der Komplexität und der Anzahl der Anträge um weitere zwei Monate verlängert werden; die betroffene Person wird innerhalb eines Monats unter Angabe der Gründe informiert.

Hat die betroffene Person den Antrag elektronisch gestellt, erfolgt die Information nach Möglichkeit elektronisch, sofern sie nichts anderes verlangt.

Ergreift der Verantwortliche keine Maßnahmen, informiert er die betroffene Person unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, über die Gründe sowie über die Möglichkeit, Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde einzulegen und gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen.

Informationen und Maßnahmen zur Ausübung der Betroffenenrechte werden unentgeltlich bereitgestellt. Bei offenkundig unbegründeten oder – insbesondere aufgrund häufiger Wiederholung – exzessiven Anträgen kann der Verantwortliche unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten ein angemessenes Entgelt verlangen oder die Bearbeitung verweigern.

Der Verantwortliche teilt allen Empfängern, denen personenbezogene Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung mit, sofern dies nicht unmöglich oder mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden ist. Auf Verlangen unterrichtet er die betroffene Person über diese Empfänger.

5. MASSNAHMEN ZUR DATENSICHERHEIT

Der Verantwortliche trifft zum Schutz personenbezogener Daten geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, die der Art und den Umständen der Verarbeitung sowie den daraus entstehenden Risiken entsprechen.

Zur Gewährleistung der Datensicherheit sorgt der Verantwortliche insbesondere dafür, dass:

ausschließlich berechtigte Personen und nur im zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten;

geeignete Maßnahmen eine unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung, Offenlegung, Löschung, Beschädigung oder Vernichtung personenbezogener Daten verhindern;

die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten IT-Systeme und Dienste in angemessenem Umfang gewährleistet sind;

personenbezogene Daten nur so lange verarbeitet werden, wie dies zur Erreichung der Zwecke erforderlich ist, und anschließend gelöscht werden;

der Zugang der an der Verarbeitung beteiligten Personen auf das erforderliche Maß beschränkt wird;

technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen regelmäßig überprüft und erforderlichenfalls angepasst oder verbessert werden.

6. MÖGLICHKEITEN DER RECHTSDURCHSETZUNG

Ist die betroffene Person der Ansicht, dass der Verantwortliche bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die geltenden Datenschutzvorschriften verstoßen hat, stehen ihr folgende Möglichkeiten offen:

Sie kann eine Beschwerde beim Verantwortlichen an die in Abschnitt 1 und nachstehend angegebene Postanschrift oder E-Mail-Adresse richten:

Die betroffene Person kann zum Schutz ihrer Daten gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen. Das Gericht behandelt die Sache vorrangig. Zuständig ist ein ungarischer Gerichtshof (törvényszék). Das Verfahren kann auch vor dem Gerichtshof am Wohnsitz oder Aufenthaltsort der betroffenen Person eingeleitet werden. Weitere Informationen und Kontaktdaten der Gerichte: https://birosag.hu/birosag-kereso

Die betroffene Person kann ferner Beschwerde bei der zuständigen Behörde einlegen: Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság (NAIH), Sitz: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9–11.; Postanschrift: 1363 Budapest, Pf.: 9.; Telefon: +36 (1) 391 1400; E-Mail: ügyfelszolgálat@naih.hu; Website: www.naih.hu.

Name des Verantwortlichen:	Dr. Szász István, selbstständig tätiger Rechtsanwalt
Kanzleisitz:	8600 Siófok, Fő tér 5. fszt. 6.
E-Mail-Adresse:	info@drszasz.hu
KASZ:	36059333